

„Von drauß' vom Walde komm' ich her...“

Sie lügen wie gedruckt

Sie könnte zu Pessimismus verleiten, die Karikatur auf der Titelseite, doch sie zeigt ein Stück Realität. Schon wurden große Flächen Wald für die naturzerstörende und menschengefährdende Startbahn-West vernichtet.

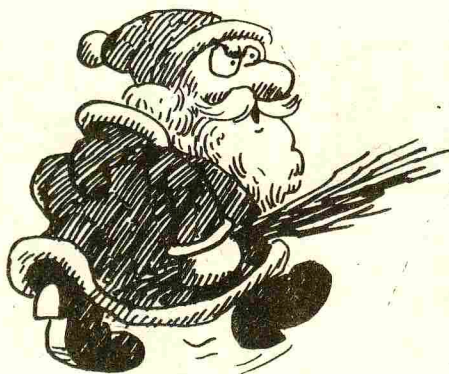
Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Die andere Seite gerät in Zeitnot. Im März beginnt die neue Vegetation, im September sind Landtagswahlen, die zu bewachene Fläche wird größer, die Mauer länger und die Polizei murt. Was ist jetzt zu tun? Wenn man Anfang des neuen Jahres mit dem neuen Bauabschnitt beginnt, dann müssen die Bürger unserer Stadt erneut in den Wald ziehen, um die Rodungen zu behindern. Vor allem sind alle Einwohner aufgerufen, am Samstag nach dem Beginn des Bauloses II die Bauplatzbesetzung der Bürgerinitiativen zu unterstützen.

Aber, der Kampf darf nicht nur im Wald geführt werden. Jeder muß mit seinen Möglichkeiten, an seinem Arbeitsplatz, im Urlaub, die Menschen unseres Landes über das geplante Umweltverbrechen aufklären.

Noch ist nichts verloren. Wie bei einem Fußballspiel können auch hier in der letzten Minute Tore fallen.

Wer den Kopf hängen läßt, stimmt zu. Deshalb gilt auch im Jahr 1982: Resigniert wird nicht!

Rudi Hechler



Börner, Gries und all' die Recken
werd' ich in den Sack reinstecken!
Sagt's den Alten, sagt's den Kindern,
sie sollen die StartbahnWest verhindern!

Bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West gibt es Polizeimaßnahmen, die man noch vor Wochen für undenkbar gehalten hätte. Der Einsatz von Wasserwerfern, Polizeihunden, Giftgas, Blend-Schock-Granaten, die Brutalität der Sonder-Einsatz-Kommandos, die Rolle der Zivilpolizei waren für viele Bürger schockierend. Diese Ereignisse und die Rechtfertigungsversuche der Polizeiführung sind alarmierend für die gesamte demokratische Öffentlichkeit.

Da werden von zahlreichen Zeugen im Wald große Gruppen von Zivilpolizei beobachtet, die mit Holzprügeln, Latzen und Totschlägern bewaffnet waren. Der Frankfurter Polizeisprecher Borchard bestätigt notgedrungen den Einsatz dieser wild kostümierten, vermummten Gestalten (FR, 1.12.81), bestreitet aber die „Bewaffnung“ mit Latzen und Totschlägern. Genau aber dies wurde von vielen Bürgern beobachtet.

Da meldet die Bürgerinitiative, daß 80 - 100 explosiver Blend-Schock-Granaten von der Polizei eingesetzt wurden. Polizeisprecher Kurt Kraus sagt dazu, diese Wurfkörper gehörten zum Arsenal von Startbahngegnern (FR, 2.12.81). Zwei Tage später mußte derselbe Polizeisprecher die Verwendung dieser gefährlichen Granaten zugeben. Allerdings versuchte er erneut, die Sache herunterzuspielen. Viele Bürger, die noch an demokratische Verhältnisse in diesem Land glauben, schütteln den Kopf. Man fragt: Wie können solche Leute Polizeisprecher bleiben, wenn sie so offensichtlich lügen? Wer wie Polizeisprecher Kraus behauptet, diese Explosivgranaten gehörten zum Arsenal der Startbahngegner, betreibt die widerliche Diffamierung einer ganzen Bürgerbewegung, er betreibt Gewalthezete. Dies muß einmal deutlich ausgesprochen werden.

Wer Anweisungen gibt, daß sich die Polizei mit Tüchern vermummt, mit Latzen bewaffnet an der Flughafenmauer herumläuft, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sich die Polizei ständig auch die jeweils für sie passende Situation selbst schafft. Dies alles fällt unter die am Schreibtisch des Innenministers geplante psychologische Kriegsführung gegen die Bürger, die gegen die Startbahn-West kämpfen.

Man will diese Bürgerbewegung diffamieren, kriminalisieren und einschüchtern. Dafür ist den Herrschenden jedes Mittel recht und dafür lügen sie auch wie gedruckt.

mieren, kriminalisieren und einschüchtern. Dafür ist den Herrschenden jedes Mittel recht und dafür lügen sie auch wie gedruckt.



Das ist einer der „Blend-Schock-Wurfkörper“, die von der Polizei am Flughafen mehrmals gegen demonstrierende Bürger eingesetzt wurden.

Erstmals wurde diese Waffe von der GSG 9 in Mogadischu gegen Flugzeugentführer benutzt. Nach Aussagen von Ärzten kann diese Wurfgranate bei Explosionen noch im Abstand von drei Metern tödliche Verletzungen verursachen. Der Einsatz dieser Explosionsgranate wurde vorher nicht angekündigt. Um Spuren zu beseitigen, ließ die Polizei später die deformierten, zersplitterten Überreste einsammeln.



Am Montag, 16. Nov. 81, konnte man in der „Mainzer Allgemeinen Zeitung“ nachlesen, wie die Polizei in der großen Demonstration in Wiesbaden „mischte“:

„Ein rundes Dutzend von Polizeibeamten hatte sich übrigens in die Reihe der Demonstranten gemischt, als scheinbare Sympathisanten mit Jeans, Parkas und zotteligen Bärten trefflich getarnt ... Auf einem mitgeführten Spruchband „protestierten“ sie, um die Tarnung vollständig zu machen, „Gegen die Startbahn als NATO-Piste“ und, damit sich's lohne, auch gleich noch „Gegen (Nach)-Rüstung“ und „Für Wiederaufforstung“.



Internationale Solidarität

Der DKP-Stadtverordnete Herbert J. Oswald aus Walldorf erhielt erneut Post aus Japan. Eines der beigelegten Fotos zeigt eine Demonstration japanischer Startbahngegner während der Räumung unseres Hüttendorfes vor der Botschaft der BRD in Tokio.

Echter Baustopp notwendig!

Der Baustopp am Flughafen ist ein Ergebnis der wachsenden Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West. Die Anregung des Staatsgerichtshofes beweist, daß die Bürgerbewegung mit ihrer Forderung nach einem Moratorium während des Volksbegehrens im Recht war. Diese Entscheidung hätte schon vor Wochen getroffen werden müssen. Die Landesregierung trägt deshalb heute alle Schuld an Eskalationen in den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West. Sie trägt die volle Verantwortung für alle Schäden, die durch die seitherige Verweigerung des Moratoriums entstanden sind. Noch vor wenigen Tagen wollte Börner mit Großanzeigen, die den Steuerzahler einige hunderttausend Mark gekostet haben, beweisen, daß ein Baustopp nicht möglich sei. Dies und die anderen Ereignisse der vergangenen Wochen belegen die Feststellung: dieser Ministerpräsident kommt der hessischen Bevölkerung teuer zu stehen. Die Landesregierung und die Opposition haben sich diskreditiert.

Man muß sich erinnern: kurz nach Beginn des Volksbegehrens erklärte Börner, dieses Vorhaben sei verfassungswidrig und setzte damit Parlament und öffentliche Meinung unter Druck. Am 7. November, damals standen noch alle Bäume des ersten Bauabschnitts, versprach Gries unter dem Druck von 30.000 Demonstranten, er wer-

de sich für einen Baustopp stark machen. Mittlerweile haben 150.000 Bürger in Wiesbaden demonstriert, brach Gries sein Wort, hat sich der Landtag gegen das Volksbegehren ausgesprochen, Mittlerweile wurden Fakten geschaffen, ein riesiges Waldareal abgeholzt.

Wenn man dann noch weiß, daß man der murrenden Polizei (ihre Urlaubssperre wurde gerade bis 11.1.1982 aufgehoben) in den nächsten Wochen keine Einsätze zumuten will, daß wegen Wintereinbruch die Baustelle zur Zeit stillliegt, dann fällt einem schwer, den befristeten Baustopp als reinen Erfolg zu werten. Man kann darüber hinaus sicher sein, daß die hessische Landesregierung viel tun wird, um den Staatsgerichtshof unter Druck zu setzen.

Die Forderung kann deshalb nur lauten:

1. Das Volksbegehren muß stattfinden.
2. Der Baustopp muß bis zum Abschluß des Volksbegehrens verordnet werden.
3. Die Bürgerbewegung muß wachsam bleiben, darf gerade jetzt in ihrem Widerstand nicht erlahmen.
4. Die Bewegung gegen die Startbahn-West muß politisch breiter werden und wachsen, damit dieses Umwelt- und friedensgefährdende Projekt politisch nicht mehr durchgesetzt werden kann.

Eine Beleidigung der Widerstandskämpfer

Die Unverschämtheiten von Seiten der Landes- und Bundesregierung gegenüber der Bürgerinitiative gegen die Startbahn-West nehmen zu.

So rückten Holger Börner und Rudi Arndt die protestierenden Bürger bereits in die Nähe der Faschisten.

Horst Ehmke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, meinte jetzt auf einer SPD-Veranstaltung: Die Intoleranz beim Kampf um die Startbahn-West sei der „gleiche Quatsch, mit dem die Nazis Weimar kaputtgemacht haben.“

Wer im Zusammenhang mit der Startbahn-West das Wort Widerstand benutze, der beleidige diejenigen, „die im Dritten Reich“ unter Einsatz ihres Lebens gegen den Faschismus gekämpft hätten“ (FR, 14.12.1981). Die CDU unter Dregger und Wallmann bläst in das gleiche Horn, und die Gries-Diffamierungen sind uns ebenfalls noch im Ohr.

Wenn man von einer Verschärfung des Klimas, von „sinkender Bereitschaft miteinander zu sprechen“ spricht, dann sind es solche Verleumdungen, die dies bewirken.

Die Spitzen in SPD/FDP und CDU merken, daß ihnen der Boden unter den Füßen wegschwimmt und schlagen wild um sich.

Trotzdem dürfen solche Ungeheuerlichkeiten nicht einfach im Raum stehen bleiben, denn die Menschen, die aktiv gegen den Hitlerfaschismus kämpften und dabei ihr Leben aufs Spiel setzten, stehen heute auf Seiten der Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West.

So Peter Passet aus Walldorf, der wegen seiner demokratischen, politischen Gesinnung in den KZ's Osthofen und Dachau eingekerkert wurde und heute sagt: „Ich habe aktiv gegen den Faschismus gekämpft und gehe heute mit den Bürgern in den Wald, denn ich habe mich nicht im KZ foltern lassen, um mitzuerleben, wie Bürgerwille von den Herrschenden mit Füßen getreten wird.“ Oder Phillip Arndt aus Mörfelden, der wegen seiner Gegnerschaft zu den Faschisten ins berühmte KZ Börgermoor gebracht wurde:

„Leider kann ich nicht mehr mit in den Wald gehen, jedoch gehört der Bürgerinitiative meine Sympathie und Unterstützung, denn hier kämpfen Menschen um ihre demokratischen Rechte und das ist gut so. Börner, Ehmke, Dregger, Wallmann und wie sie noch alle heißen mögen, die heute diese Menschen verunglimpfen und mit den Faschisten in eine Reihe stellen wollen, sollen einmal scharf nachdenken, wo sie denn waren, als ich im KZ von der SS geschlagen wurde.“

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) sprach sich im Namen seiner Mitglieder ebenfalls gegen den Bau der Startbahn-West aus, und sie kann mit Recht sagen, im Namen Tausender aktiver Kämpfer gegen den Hitlerterror zu sprechen.

Wir sagen: Wer sich heute dagegen wehrt, daß gegen den Willen der Bürger einer ganzen Region eine Landschaft zerstört wird, nimmt die in der Verfassung garantierte Widerstandsmöglichkeit zu Recht in Anspruch.

Wie weiter in Hessen?

Unser Land ist in Bewegung. Nie gab es so viele Kundgebungen und Demonstrationen, nie gab es soviel Bedrohung. Die Menschen unserer Stadt erleben dabei vielleicht am deutlichsten, wie rigoros man sich über ihre Interessen hinwegsetzt. Viele denken darüber nach, wie künftige Wahlentscheidungen aussehen könnten. Dabei ist den meisten klar, Börner, Dregger, Gries kann man diesmal nicht wählen. Wie aber soll der Denkkzettel bei der Landtagswahl im September 1982 aussehen?

Viele Bürger sagen in Gesprächen, es ist wichtig, wenn es im kommunalen Wahlkampf kein „Gegeneinander“ gibt, es wäre gut, wenn alle, die gemeinsam gegen die Startbahn West kämpfen, auch gemeinsam gegen diese Landesregierung antreten würden. Dieser Gedanke war auch bestimmend bei dem hier abgedruckten „offenen Brief“ der DKP Hessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freunde und Genossen!

Die DKP wendet sich an alle demokratischen und linken Kräfte in Hessen, die nicht bereit sind, die Politik der Landtagsparteien in Regierung und Opposition widerstandslos hinzunehmen, mit dem Vorschlag, zur Landtagswahl am 16. September 1982 ein Wahlbündnis zu schließen. Es gilt, eine gemeinsame politische Plattform auszuarbeiten, Wahlkreiskandidaten und eine Landesliste zu wählen und jene Kollegen, Mitbürger, Freunde und Genossen für diese Kandidatur zu gewinnen, die in den Kämpfen und Auseinandersetzungen der heutigen Zeit das Vertrauen der Bürger erworben haben.

Der Bezirksvorstand der DKP Hessen hat auf seiner Sitzung am 11. Dezember die Kandidaten der DKP für die DKP-Landesliste nominiert. Wir haben mit den Vorbereitungen der Wahlkreismitgliederversammlungen begonnen. Wir sichern aber den demokratischen und linken Kräften zu, daß wir bereit sind, uns an gemeinsamen

Bemühungen zu beteiligen, ein Wahlbündnis zu schaffen und beim Zustandekommen eines solchen Wahlbündnisses auf die eigene Liste zu verzichten und unsere Wahlaktivitäten dem gemeinsamen Wahlbündnis und seiner Liste unterzuordnen.

Die Kraft des gemeinsamen Handelns

Die Begründung für unseren Vorschlag enthält folgende Gedanken: In Hessen haben in den politischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit die vielfältigsten demokratischen und linken Kräfte zusammengearbeitet. In den Auseinandersetzungen um die Sicherung des Friedens, um die Verteidigung der Arbeitsplätze bei Enka, VDM und Adler, in den Arbeiterjugend- und Studentenaktionen, vor allem aber in den Kämpfen um die Verhinderung der Startbahn West, in der Aktion Volksbegehren und in der Wiesbadener Großdemonstration vom 14. November

1981 wurde die Kraft sichtbar, die, gemeinsam handelnd, viele Dinge in unserem Land positiv verändern könnte.

Die DKP betont die Vorrangigkeit des außerparlamentarischen Kampfes. Vor allem dort entwickelt sich die Kraft, die in unserem Land etwas verändern kann. Die Landtagswahl 1982 zwingt uns aber darüber nachzudenken, wie die im außerparlamentarischen Kampf gewachsene – und dort auch erprobte – Kraft genutzt werden kann, um auch in den Wiesbadener Landtag fortschrittliche Abgeordnete zu entsenden.

Breite der Bewegung im Wahlkampf erhalten

Dieser Vorschlag kann nicht bedeuten, die außerparlamentarische Bewegung auf ein Wahlbündnis zu reduzieren. Die gemeinsame Sorge aller linken und demokratischen Kräfte muß es sein, die Breite

der außerparlamentarischen Bewegung auch im Wahlkampf zu erhalten und zu erweitern. Die DKP ist sich außerdem bewußt, daß weit über die Bemühungen um ein Wahlbündnis hinaus, vor allem das einheitliche Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten – die Aktionseinheit der Arbeiterklasse – die Grundlage des gesellschaftlichen Fortschritts darstellt.

Für viele steht heute fest, daß die antidemokratische, den Kapitalinteressen und der NATO untergeordnete Politik von Holger Börner, Ekkehard Gries und Alfred Dregger den Interessen großer Teile der hessischen Bevölkerung widerspricht. Die Art und Weise, wie die Startbahn West erzwungen werden soll, die Mißachtung des demokratischen Bürgerwillens im Zusammenhang mit dem Volksbegehren, die Praxis der Berufsverbote, die Arbeitsplatzvernichtung in Hessen, die Rotstift-Politik vor allem auch im Bereich der Bildungspolitik, der Rückgang des sozialen Wohnungsbaues und viele Probleme mehr, haben zur Folge,

daß immer mehr Mitbürger, Nachbarn und Kollegen die Frage diskutieren, wie den Bürgerinteressen verpflichtete Abgeordnete im September 1982 in den Wiesbadener Landtag einziehen könnten.

Sicher geht es im Jahr 1982 in Hessen vor allem darum, wie mit großer Kraftentfaltung die außerparlamentarischen Aktionen zur Sicherung des Friedens, zur Verhinderung des NATO-Raketenbeschlusses, zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte verstärkt weiterentwickelt werden können.

Es geht aber 1982 in Hessen auch darum, daß sich alle demokratischen und linken Kräfte gemeinsam bemühen, eine Fraktion des demokratischen Widerstandes in den Wiesbadener Landtag zu wählen. Dem sichtbar gewordenen Willen von erheblichen Teilen der hessischen Bevölkerung, auch die parlamentarischen Verhältnisse in Hessen zu ändern, könnte damit am besten Rechnung getragen werden. Die Lösung dieser Aufgabe würde auch der außerparlamentarischen Bewegung großen Auftrieb geben.

Triumph der CDU ist zu verhindern

Das gemeinsame Handeln der demokratischen und Linkskräfte in einem einheitlichen Wahlbündnis ist vor allem auch deshalb wichtig, weil dadurch ein Triumph der Dregger und Wallmann und ihrer reaktionären CDU-Politik verhindert werden kann.

Die äußerst gefährliche Partei des Großkapitals, die in allen Fragen die Interessen der Monopole und der Banken vertritt, die den kalten Krieg anheizt und — wie die Sicherheitsdebatte erneut beweist — zur Hexenjagd gegen Demokraten und Sozialisten aufruft, darf in Hessen keine Chance haben.

Die hessische CDU, die die Koalitionsregierung ermutigt, in allen Fragen „hart“ zu sein, die mit ihrer eigenen Landespolitik in Sachen Flughafenerweiterung, Wiederaufbereitungsanlage, Stellenkürzungen und Abbau im Bereich der Bildungspolitik einen äußerst reaktionären Kurs verfolgt, hofft auf den Ruin des Ansehens der SPD-Politik. Wenn Dregger Börner politisch den Rücken stärkt, dann mit der Absicht, die SPD-Regierung 1982 ins „Aus“ zu manövrieren. Bei der Politik, die Mitglieder der SPD

in der Regierung in Hessen gegenwärtig machen, bei der Belastung, die aus der NATO-hörigen Politik von Helmut Schmidt aus Bonn kommt, bei der gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Rotstift- und Arbeitsplatzvernichtungspolitik, hat niemand anders als die in der Regierungsverantwortung handelnden Politiker den Rückgang an Vertrauen bei breiten Volksschichten, vor allem bei der Jugend, zu verantworten.

Wir Kommunisten wissen, daß es unter den linken und demokratischen Kräften sehr unterschiedliche Meinungen über das Ansehen der SPD gibt. Das Spektrum reicht von Schadenfreude bis zur völligen Gleichgültigkeit gegenüber diesem Problem. Einige langjährige, in dieser Partei erfahrene Sozialdemokraten sind in Hessen aus der SPD ausgetreten. Sie wollen nicht mehr verantworten, was Holger Börner in Wiesbaden und Helmut Schmidt in Bonn politisch veranstalten.

Unzufriedenheit nach links kanalisieren

Wir, die DKP, sehen den Verlust des Ansehens der SPD in Hessen weder mit Schadenfreude noch mit Gleichgültigkeit. Angesichts der Stärke der CDU/CSU und der anderen Rechtskräfte ist es verhängnisvoll, daß die SPD in der Regierungsverantwortung eine an Kapital- und NATO-Interessen orientierte Politik macht und so den Rechtskräften Einfluß und Wähler zutreibt. Wir sind der Meinung, daß der CDU kein enttäuschter Wähler überlassen bleiben darf. Die Unzufriedenheit darf nicht rechts kanalisiert werden. Sie muß die Linke stärken. Eine Möglichkeit dazu ist das gemeinsame Handeln in einem Wahlbündnis.

Bei allen Gemeinsamkeiten, die sich in der außerparlamentarischen Bewegung zwischen den demokratischen und linken Kräften herausgebildet haben, übersehen wir nicht, welche Schwierigkeiten, Vorbehalte, Gegensätze die unterschiedlichen Gruppen in sich und gegeneinander austragen. Diese Lage kann nur durch die praktisch voranschreitenden außerparlamentarischen Kämpfe verändert werden. Dort entscheidet sich, was richtig und falsch ist, in diesen Auseinandersetzungen wird man klüger, entwickelt sich das für den Kampf wichtige Vertrauen und der richtige Standpunkt. Niemand kann am Schreibtisch

diesen sich länger anhaltenden Prozeß vorwegnehmen oder durch besondere Klugheit ersetzen. Ein Wahlbündnis für die Landtagswahl 1982 wäre aber ein wichtiger Schritt der Linkskräfte. Eine gemeinsame parlamentarische Vertretung würde die Bürgerinteressen in den heutigen entscheidenden Auseinandersetzungen stärken.

Schwerpunkte der Bündnispolitik

Unserer Meinung nach müßten die Schwerpunkte der Politik des Bündnisses die Forderungen sein, die von den Massenbewegungen entwickelt werden und schon heute zum Gemeingut der demokratischen Bewegung gehören. Wir sehen folgende Probleme:

1. Der Kampf für Frieden durch Abrüstung — gegen die Stationierung neuer US-Raketen. Hessen darf nicht fortschreitend zu einem Pulverfaß ausgebaut werden.

2. Der Kampf für die Verteidigung der natürlichen Lebensgrundlagen. Gegen das Konzern-, Banken- und NATO-Interesse — Keine Startbahn West. Keine WAA in Frankenberg und Merenberg. Kein Block Biblis C.

3. Für die Verteidigung der sozialen Rechte. Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau. Das Menschenrecht auf Arbeit muß entsprechend dem Artikel 28 der Hessischen Verfassung verwirklicht werden. Verbot jeder Massenentlassung.

4. Für die Verteidigung der Hessischen Verfassung gegen Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei, Unternehmerwillkür und Polizeiknüttel. Weg mit den Berufsverboten! Gegen die Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts. Für das Recht auf Volksbegehren.

5. Für die Rechte der Jugend, gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, für eine fortschrittliche Bildungs- und Ausbildungspolitik. Gegen den Rotstift im Bildungs- und Ausbildungsbereich.

6. Für die Rechte der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Gegen Lohndiskriminierung. Für die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

7. Für eine demokratische und antifaschistische Politik. Gegen Neofaschismus und Ausländerhetze.

Anregungen für die Diskussion

Selbstverständlich sind das nur Grundzüge und Anregungen, die in einem Wahlbündnis gründlich diskutiert werden müßten. Wir sind der Meinung, daß neben den lebenswichtigen Fragen Krieg und Frieden vor allem die sozialen Probleme wie das Thema Startbahn West eine große Rolle spielen müssen. Im Vordergrund steht dabei aus unserer Sicht der Kampf um die Arbeitsplätze. Bereits im August 1981 hatten wir in Hessen mit offiziell 95 476 registrierten Arbeitslosen den höchsten Stand seit 1975.

Immer mehr Arbeiter und Angestellte beginnen, hinter den angeblichen Sachzwängen die unbegrenzte Jagd nach dem Profit zu erkennen und kämpfen um ihre sozialen und demokratischen Rechte. Ihre Interessen zur Geltung zu bringen, betrachtet die DKP als ihre wichtigste Aufgabe.

Wir betonen diese Seite des Kampfes, weil wir sie für ein Schlüsselproblem einer fortschrittlichen Landespolitik halten.

Aufeinander zugehen

All diese Probleme müßte ein Wahlbündnis diskutieren. Es wäre sicher nicht leicht. Denn es wären auch in ihm die Probleme der verschiedenen Parteien und Gruppen nicht aufgehoben. Das Bündnis würde aber die Möglichkeit eröffnen, aufeinander zuzugehen und mit Toleranz, orientiert an den politischen Fragen, heute noch vorhandene Probleme auszuräumen und größere Fortschritte anzubahnen.

Die DKP Hessen ist der Meinung, daß sich alle interessierten Gruppen und Persönlichkeiten bald treffen sollten, um erste Gespräche zu führen, um Standpunkte auszutauschen und, wenn möglich, erste Schritte festzulegen.

In der Hoffnung auf ein erfolgreiches Bemühen verbleiben wir

mit sozialistischen Grüßen

Ellen Weber, Bezirksvorsitzende

Rudi Maurer, stellvertretender Bezirksvorsitzender

Parlament oder Streichorchester?

Am 22. Dezember wird im Walldorfer Rathaus ein kultureller Höhepunkt sein. Es spielt das Streichorchester unter der Leitung von Günter Becker. So etwa könnte man spassigerweise die letzte Stadtverordnetensitzung 1981 bezeichnen, die sich anschickt, den nächstjährigen Haushalt zu verabschieden. Der Entwurf, vom Duett Brehl/Jourdan komponiert, sieht praktisch keine Investitionen vor, aber auch keine Kreditaufnahme. Geplante Projekte werden auf die folgenden Jahre geschoben. Begründung: Die Zinsen auf dem Kapitalmarkt sind zu hoch. Das ist richtig, doch sind im nächsten Jahr auch die Preise höher; und ob dann die Zinsen wirklich wesentlich niedriger sind, steht in den Sternen. Außerdem hat der Bundesvorstand der kommunalen Spitzenverbände in einer Resolution deutlich dem Verschieben von Investitionen widersprochen. Die Bewirtungskosten, die Repräsentation, die Reisekosten, die Verfü-



gungsmittel für Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher, die Mittel für Exkursionen der Parlamentarier stehen im Schußfeld. Bei allen Sparvorschlägen muß man aber fragen, ob sich der nicht unglaublich macht, der ein halbes Jahr vor diesen „Sparwutausbrüchen“ die Sitzungsgelder der Stadtverordneten von 20 auf 25 Mark erhöht hat. Die Diskussion um die Verkehrsplanung ist im Gange. Sie sollte möglichst bald zu Entscheidungen führen. Allerdings kann man durch Fakten nicht der Diskussion vorgreifen. Man kann doch nicht den Bau der Westtangente beschließen und dann darüber sprechen, wo sie verlaufen soll. Auch eine Alternative zur Südumgehung bedarf der Erörterung, der Planung, der Einschaltung von Ministerien und Behörden. Heute kann man doch nicht schon dort

Grundstücke kaufen, mit Kreditgeld die man vielleicht erst in zehn oder mehr Jahren braucht, wenn überhaupt. Die Stadtverordneten der letzten Legislaturperiode haben eine Baulandumlegung im Gebiet an den Eichen beschlossen. In 1982, wenn die Planung Rechtskraft erlangt hat, soll hier die Erschließung erfolgen. Der Wille nach ordnungsgemäßen Zu- und Ab-

Karrieregedanken

Bei der Kommunalwahl im März haben Sozialdemokraten und die CDU in unserer Stadt einen gewaltigen Aderlaß hinnehmen müssen. Die CDU, sie verlor fünf Sitze, will trotzdem heute besser dastehen als vorher. Sie verhandelt mit der SPD über ein „Personal- und Sachpaket“.

Deutlicher ausgedrückt, sie bot der SPD an, 1983 den Bürgermeister und den 1. Stadtrat zu wählen, wenn sie jetzt einen hauptamtlichen Stadtrat erhält. Und einen Namen hält sie auch schon parat, Rudi Haselbach, der Vorsitzende, soll wohl dotierter Stadtbaurat werden. Wenn man dem nicht zustimmt, so war zu hören, dann wird die CDU auch den Haushaltsplan '82 ablehnen.

Vielen Bürgern sind die Karrieregedanken des CDU-Stadtverbandsvorsitzenden, er hatte sich schon erfolglos um den Bürgermeisterposten von Gernsheim bemüht, bekannt. Den unwürdigen CDU-Posten-Poker auf Kosten der Steuerzahler kann man nur mit Kopfschütteln beobachten.

wasserverhältnissen und rechtliche Gründe sind ausschlaggebend für den Baubeginn im nächsten Jahr. Daher kann man nicht ernsthaft glauben machen, diese Investition zu verschieben. Die CDU hat zum Haushalt keine Anträge eingebracht. Sie beschränkt sich laut Zeitungsmeldung auf die Ablehnung des Haushalts. Ihre Haltung hat spekulativen Charakter. Wegen der Sitzverteilung im Parlament rechnet sie sich Chancen aus. Politik ist aber nicht, einer anderen Partei „eins auszuwischen“, sondern eigene Vorstellungen zum Tragen zu bringen.

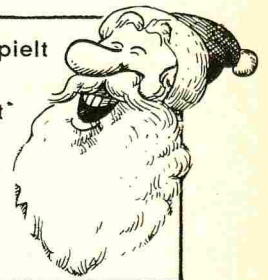
Als einmalig darf gelten, daß eine Fraktion mit der Haushaltsplanverschiebung

eine Gebührenerhöhung beantragt. So beabsichtigt die SPD eine Erhöhung der Kindergarten- und Kinderhortbeiträge um jeweils 10 Mark. Erschreckend ist die Unbekümmertheit, die Leichtigkeit, mit der solche Erhöhungen begründet werden. Na, die zehn Mark werden doch keinen umwerfen, wo doch die Sozialhilfeempfänger ausgeschlossen sind. Auch die Erhöhung der Grundsteuer: Einem Hausbesitzer werden doch 10 bis 15 Mark im Jahr mehr zumuten sein. Einen Hundehalter wird man doch mit 36 Mark mehr im Jahr belasten dürfen.

Ein interessantes Konzert wird es geben, bei dem so mancher Kontrapunkt und manche Dissonanz hörbar wird; eigentlich kein gutes Beispiel für Harmonielehre.

Im nächsten Jahr spielt „blinde Kuh“, wer Dregger wählt mit CDU.

Geht er als Sieger aus den Wahlen, muß auch Du die Zeche zahlen!



Zusammenhang

Zeitunglesen will gelernt sein. Die Meldungen, Berichte, Artikel sollte man nicht unabhängig voneinander betrachten. Die Berichte von Seite eins haben etwas mit der Kulturseite und der Kommunalseite zu tun. Die „große“ Politik und die „kleine“ Politik haben einen mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhang.

So geschah es neulich in einer großen Tageszeitung, daß auf der ersten Seite zu lesen war, daß die Fahrpreiserhöhung bei der Bundesbahn um 10 % zum 1. Februar nächsten Jahres anstehe. Unter dem Motto des Bundesbahnpräsidenten: „Wir müssen nehmen, was der Markt hergibt“, ist der Staatsbetrieb Bundesbahn zu einem Preistreiber geworden. Die Technokraten haben gar kein Gespür mehr für soziale Verpflichtungen. Der Hintergrund dieser Meldung war, daß der Bund 500 Millionen Mark weniger der Bahn zuschießen könne. Auf der gleichen Titelseite der Zeitung stand auch, daß ein 7-Milliarden-Loch im Verteidigungshaushalt entstanden sei. (Die gewünschten Tornado-Flugzeuge seien sehr viel teurer, als man kalkuliert habe). Abgesehen von einer Streckung des Militärbeschaffungsprogramms will man das besagte Loch mit Kürzungen in anderen Bereichen stopfen. Da dachte man an die Bahn und just hat man schon eine halbe Milliarde Mark auf die Bürger umgelegt. Man denkt weiter, man denkt an die Kraftfahrzeugsteuer, an die Zuschüsse der Länder... Man muß schon sagen: Ideen haben die Leute. Das wird so lange weitergehen, bis der „kleine Mann“ endlich nein sagt. Nein sagt zur weiteren Verschwendung von Steuermilliarden für die Rüstung, die dringend für soziale Einrichtungen der Kommunen gebraucht werden. Nein sagt zu höheren Preisen und Steuern, die seinen Lebensstandard senken und die Zukunftsangst schüren.

1330 Mark je Einwohner für Rüstung und Militär

In diesen Tagen wird in unserer Stadt der Haushaltsplan für das Jahr 1982 diskutiert. Dabei wird deutlich: Bald geht nichts mehr, die Stadt hat kein Geld, notwendige soziale Einrichtungen können nicht gebaut werden. Leider meinen immer noch einige Kommunalpolitiker der SPD, CDU und der GB, Kommunalpolitik hätte nichts mit „großer Politik“ zu tun. Wer sich den Bonner Haushalt ansieht, erhält eine andere Meinung.

Nach Berechnungen des Frankfurter „Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)“ belaufen sich die Ausgaben für Rüstung, Militär und Westberlin 1982 auf 64,1 Milliarden DM. Diese Summe ergibt sich, wenn NATO-Kriterien für die Berechnung der Militärausgaben zugrundegelegt werden. Dazu kommt: „Die Bundesregierung rechnet in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1963 auch die Berlin-Hilfe zu den Verteidigungsausgaben, da sie der Verteidigung im Sinne der Sicherung unserer Freiheit nach außen dienen“ (Weißbuch 1970, S. 188).

Nach Meinung des IMSF kommen zu den genannten 64,1 Milliarden DM weitere 4,3 Milliarden DM dazu, die nach Durchsicht aller 27 Einzelpläne des Haushalts als Ausgaben für Rüstung und Militär geschätzt werden können. Dabei stützt sich das Frankfurter Institut methodisch auf seine 1980 erschienene Untersuchung „Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm? Materialien zu den offenen und verdeckten Rüstungs- und Militärausgaben im Bundeshaushalt — Kosten des Bonner Atomprogramms.“ Aber auch die sich dann ergebenden Ausga-

ben in Höhe von 68,5 Milliarden DM erfassen noch nicht die Gesamtbelastung der Bevölkerung der Bundesrepublik durch die Rüstung. Das IMSF verweist darauf, daß nicht zuletzt die Rüstungsausgaben zur Schuldlast des Bundes beitragen, weshalb mindestens 20 Prozent der Ausgaben für die Bundesschuldenverwaltung (320,4 Millionen) und der Zinszahlungen für die Bundesschuld (23,2 Milliarden DM) den Rüstungslasten zuzurechnen seien. Das ergibt einen Betrag von 4,7 Milliarden DM.

Ferner müsse nach Ansicht des IMSF berücksichtigt werden, daß auch die Länder und Gemeinden direkte Rüstungsausgaben (Verteidigungslastenverwaltung, Wehrerfassung, Bunkerbau und -instandhaltung usw.) tätigen, die das IMSF auf 1,8 Milliarden DM für 1982 schätzt. Schließlich verweist das Institut darauf, daß auch die rund 7 Milliarden DM Steuerausfälle und Zulagen durch und für Westberlin (Investitionszulagen; Umsatz-, Einkommens-, Körperschafts- und Lohnsteuernachlässe; Abschreibungserleichterungen) den Aufwendungen für Rüstung und Militär in der Definition der Bundesregierung zuzurechnen seien.

Alles in allem ergibt sich daraus die horrend Belastung von 82 Milliarden DM für Rüstung, Militär und Westberlin im Jahre 1982. Auf die 61,6 Millionen Einwohner der Bundesrepublik und Westberlin umgerechnet ergibt sich eine Prokopfbelastung in Höhe von 1330 DM.

Die Ausgaben des Bundes für die Schuldentilgung — 1982 rund 45,8 Milliarden DM — sind dabei noch nicht anteilig berücksichtigt.

VORANZEIGE

„... und nichts wird vergessen!“

Im Februar 1982 erscheint ein neues „blickpunkt“-Buch mit dem Titel „... und nichts wird vergessen!“.

Das Buch dokumentiert den Kampf der Bürger gegen die Startbahn-West mit vielen Fotos.

HELFT!

Die Flughafen-Aktiengesellschaft überschwemmt das Land mit riesigen Farbplakaten, druckt ständig Hochglanzbroschüren, unterhält eine teure politische Lobby, die für die Startbahn-West wirbt. Die Landesregierung produziert Broschüren und gibt hunderttausende Mark der Steuerzahler für Börner-Großanzeigen aus. Die Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West hat dem wenig entgegenzusetzen. Man sammelt, veranstaltet Unterstützerkonzerte, um das notwendige Informationsmaterial drucken zu können.

Jede Mark für die Bürgerinitiativen und die Aktion Volksbegehren unterstützt den Kampf der Bürger gegen die Startbahn-West.

Jede Mark, die wir erhalten, stecken wir in diesen Kampf. Sie werden verwendet für Extrablätter, für Plakate, Fotos und Transparente.

Unterstützt den Kampf gegen die Startbahn-West!

Unsere Konto-Nummer:
900 3419 bei der Kreissparkasse GG



Gedanken zum „Fest des Friedens“

<h1>TOT</h1> <h2>Total-Ausfall</h2> <p><small>FAForm H 83/63 VerNr 7530-12-140-4785</small></p>	Schaden
	Vergiftung
	Kampfstoff
	Takt. Zeit:

Verseuchung
Kampfstoff
Takt. Zeit:

Dies ist der Registrierzettel für die Toten des III. Weltkrieges. Die, die gegenwärtig die Führbarkeit dieses Krieges materiell und politisch vorbereiten wollen, haben ihn der Grundausrüstung des Bundeswehrosoldaten für diesen Fall mitgegeben. Ob für die Zivilbevölkerung solche „Totenscheine“ vorgesehen sind, ist noch unbekannt. Bekannt ist nur, daß für sie der „Total-Ausfall“ selbst sicher ist. Vor allem wir, die wir in unmittelbarer Nähe der US-Air Base und des US-ABC-Waffen-Depots leben, sollten da jede Hoffnung fahren lassen. Da ist es besser, man reiht sich jetzt in die wachsende Friedensbewegung ein. Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.

ES LIEGT IN UNSERER HAND!

von Pelle Igel

Soll erst die Kesselschlacht entbrennen und soll die Menschheit untergehen? Wollt Ihr die vielen Todesarten kennen, die vor der Menschheit Ende stehen?

Atome, Gift, Gas, Bakterien — es ist des Wahnsinns große Zahl — Sie stehen vor uns in langen Serien und bergen in sich aller Qualen Qual.

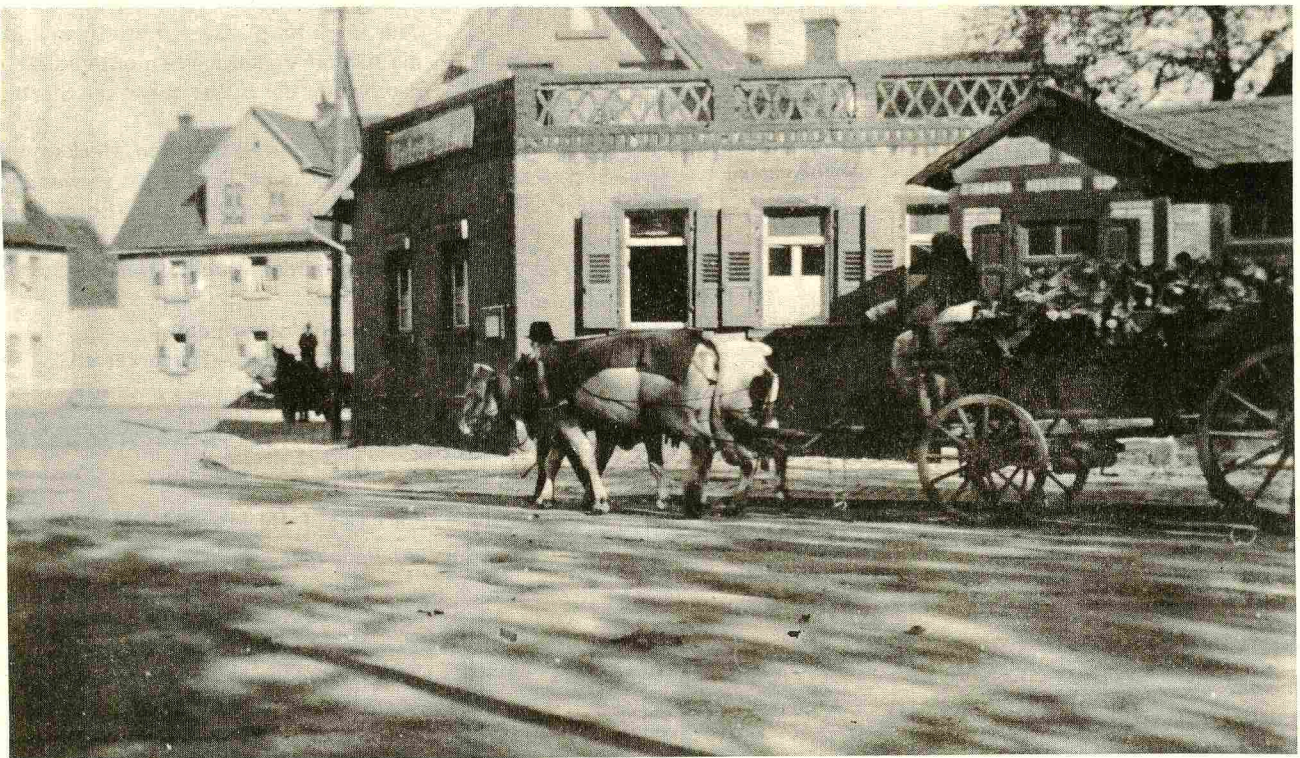
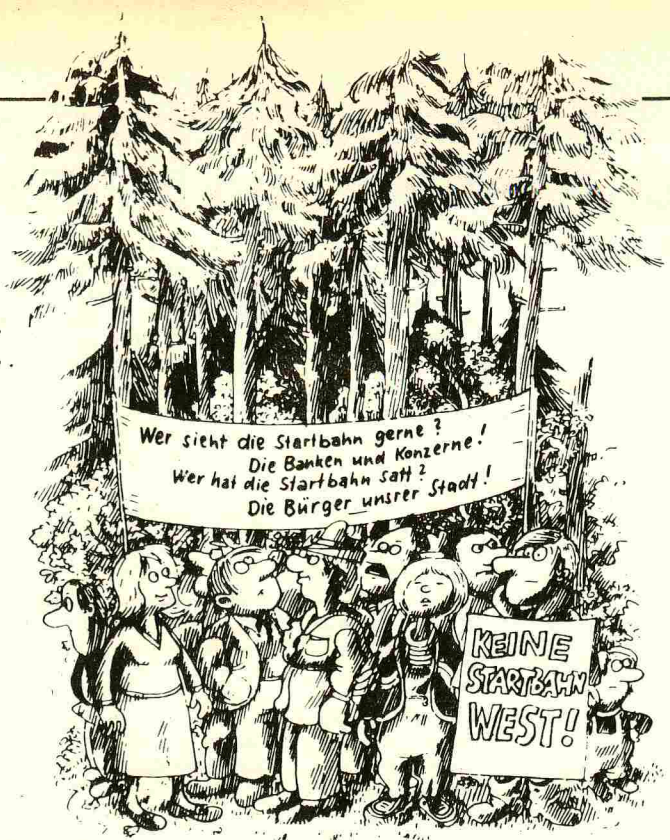
Vernunft geht unter, wenn der Würfel fällt. Wenn es zu spät ist, dann versinkt ein jeder. Dann rast ein Grauen durch die graue Welt und ganze Völker unter seine Räder.

Vergiftet und vergast, zermahlen und verbrannt und ausgetreten ist dann unser Leben. Ein jeder hat es noch in seiner Hand: Den Frieden zu verlangen und — zu geben!

Unser Wunsch für 1982:

Frieden, Gesundheit
und keine
Startbahn/West

Fraktion und Vorstand der
DKP Mörfelden-Walldorf



Mörfelden gestern

Kuhfuhrwerke zählten vor wenigen Jahrzehnten noch zum täglichen Straßenbild unserer Gemeinde. Obwohl weniger leistungsstark als Pferde, waren die Kühe bei der oft nur im Nebenerwerb betriebenen Landwirtschaft in unserer Region auch als Zugtiere recht beliebt, da auch durch die abgelieferte Milch noch ein paar Pfennige eingingen.

Unser Bild zeigt ein doppeltes Kuhgespann vor dem ehemaligen Gasthaus zur „Schönen Aussicht“, früher Metzgerei und Gastwirtschaft Wilhelm Wenz, und später Metzgerei Wurzel, aufgenommen vor etwa 50 Jahren. Die Gastwirtschaft war das Vereinslokal des Arbeiter-Samariter-Bundes. Dort befindet sich heute eine Eisdielen.

Ferner sehen wir auf dem Foto noch die alte, von der Gemeinde betriebene Vieh- und Fuhrwerkswaage. Hier mußten während des Krieges und die ersten Jahre danach sämtliche für die Hausschlachtung vorgesehenen Schweine gezogen werden, da das Gewicht von der Fleischzuteilung abgezogen wurde.